

13. APR



# SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

BONN, Friedrich-Ebert-Allee 170  
Fernsprecher 24831 - 33  
Fernschreiber 0886890

P/XIV/83 - 13. April 1959

Wir veröffentlichen in dieser Ausgabe:

Seite:

Zeilen:

1	"Erste, zweite und dritte Fassung" Ein notwendiges Wort zum Thema "Deutschlandplan"	44
2 - 3	Auf der Suche nach einer Marschrouten für Genf Die große Frage: Elastischer werden ?	74
4 - 5	Kennt Europa noch Solidarität ? Was man von uns in Nordafrika erwartet Von Peter Blachstein, KGB	68
6	Angst vor Senatswahlen Von unserem Korrespondenten in Paris, Georg Scheuer	46
7	Hessen gibt ein Beispiel Über 1 200 Kindergärten und Torte im Lande Hessen	41

\* \* \* \* \*  
\* \* \* \* \*

"Erste, zweite und dritte Fassung"

sp - In einem Teil der in- und ausländischen Presse geistert noch immer das Wort von der "ersten, zweiten und dritten Fassung" des Deutschlandplanes der SPD herum. Deshalb scheint es notwendig zu sein, noch einmal auf einige Tatbestände hinzuweisen, die bisher unseren sonst so aufmerksam die Politik der Sozialdemokratie verfolgenden verehrten Kollegen entgangen sein müssen.

Es gibt nur einen Deutschlandplan der SPD. Dieser wurde von der bekannten "Siebener-Kommission" erarbeitet und vom Parteivorstand sowie vom Außenpolitischen Arbeitskreis der Bundestagsfraktion einstimmig gebilligt. Das von der "Siebener-Kommission" und vom Parteivorstand verabschiedete Dokument umfaßt neunzehn Seiten und enthält alle Detailangaben über Zielsetzung und Methode des einzuschlagenden Weges. Dieses Dokument ist die Arbeitsgrundlage für weitere Publikationen, die von der SPD in Zusammenhang mit dem Deutschlandplan herausgegeben wurden.

Dazu gehören - außer zahlreichen Reden, die von führenden Persönlichkeiten der SPD zum Deutschlandplan gehalten wurden -

- a) eine gestraffte Zusammenfassung des erwähnten Arbeitsdokumentes und
- b) ein umfangreicher Kommentar, der eine Rede-Disposition zum Deutschlandplan mit Erläuterungen seiner wichtigsten Punkte, eine Schilderung der Entwicklung der deutschen Nachkriegspolitik und schließlich eine Widerlegung der bisher gegen den Deutschlandplan vorgebrachten Argumente enthält.

Alle Publikationen basieren auf dem Arbeitsdokument, das vom Parteivorstand einstimmig gebilligt wurde. Es gibt darin weder grundsätzliche Änderungen, noch unterschiedliche Interpretationen, die vom Arbeitsdokument abweichen.

Deshalb ist es völlig abwegig, wenn gelegentlich von der "ersten, zweiten und dritten Fassung" des Deutschlandplanes gesprochen oder geschrieben wird. Wer sich die Zeit nimmt, die drei Publikationen miteinander zu vergleichen, wird das ohne weiteres selbst feststellen können. Wer sich allerdings bei der Kommentierung und Beurteilung des Deutschlandplanes auf meist aus dem Zusammenhang gerissene Zitate von politischen Gegnern der SPD stützt - ganz gleich, ob es sich dabei um westliche oder östliche Gegner handelt -, wird selbstverständlich zu falschen Schlüssen gelangen.

Im Übrigen aber dürfen auch die eifrigsten Gegner der SPD inzwischen festgestellt haben, daß die Grundzüge des Deutschlandplanes neuerdings bei den Vorbereitungen der Westmächte zur Außenministerkonferenz am 11. Mai in Genf eine nicht geringe Rolle spielen. Diese Tatsache läßt die Hoffnung entstehen, daß man in Zukunft Arbeitsdokumente der SPD etwas weniger oberflächlich als bisher studiert.

Auf der Suche nach einer Marschroute für Genf

ler - Was der Tagung der westlichen Aussenminister in Washington nicht gelang, soll der ab Dienstag in London tagenden Viermächte-Arbeitsgruppe gelingen: die Erarbeitung einer gemeinsamen Plattform für die am 11. Mai in Genf beginnende Aussenminister-Konferenz. Die Meinungsunterschiede in der Beurteilung des sowjetisch-russischen Berlin- und Deutschlandvorstosses sind sehr gross, man weiss nicht recht, wie man ihnen am wirksamsten begegnen soll. Am allereinfachsten macht es sich Bonn. Am liebsten möchte es alles beim alten lassen und beim Weinsagen bleiben.

Man weiss heute, wie massiv Adenauer über seinen Briefboten von Brentano auf Verlauf und Ergebnis der Washingtoner Gespräche einwirkte. Hier liegen die Ursachen für die deutsch-britische Verstimmung. Macmillan kam von seiner Moskauer Erkundungsfahrt mit dem Eindruck zurück, die Russen würden mit sich reden lassen, sofern der Westen mit geeigneter Gegenverschlügen käme, die auch für die Sowjetunion von überragender Interesse sind. Auf dem Wege über eine militärische Entspannung in Mitteleuropa glaubte der britische Premierminister, den Schlüssel für zukunftssträchtige Gespräche mit der Sowjetunion zu finden - er stiess dabei auf das unverhehlene Misstrauen des Bundeskanzlers, dem alle dergleichen Pläne von Herzen zuwider sind und der seine Hauptaufgabe darin erblickt, die Westmächte wieder auf Vordermann zu bringen. Er nimmt dabei Gefahren für Berlin mit in Kauf.

Es muss für die westlichen Verhandlungspartner ein eigentümliches und verwirrendes Bild ergeben, dass sich ausgerechnet die Vertreter eines Landes, das sich im West-Ost-Konflikt in der grössten Gefahrenzone befindet, militärischer Entspannungsversuchen am heftigsten widersetzen und der Verteidigungsminister dieses Landes, ein Franz Josef Strauss, dem Rüstungswettlauf ununterbrochen das Wort redet. Sogar Präsident Eisenhower sah sich aus wohlüberlegten politischen Gründen genötigt, im amerikanischen Verteidigungsetat bedeutende Abstriche vorzunehmen. Er erkennt nur zu gut die Gefahren, die von einem ungehemmten Rüstungswettlauf für den Frieden entstehen.

In Washington gelang es den Interventionisten aus Bonn noch, die Arbeiten, Pläne und Vorbereitungen für die Genfer Aussenministerkonferenz mehr oder weniger zu sabotieren. Es war für Bonn ein Pyrrhus-

13. April 1959

Sieg. Zuviel steht auch für die Westmächte in den kommenden Verhandlungen mit der Sowjetunion auf dem Spiel, um sich hier von Bonn am Gängelband führen zu lassen. Diese Zeiten sind wohl vorbei. Die Ideen und Vorstellungen des britischen Premierministers Macmillan lassen sich nicht durch zornige Bonner Gester von der weltpolitischen Tagesordnung abstreichen. Das offizielle London und die grossen britischen Tageszeitungen und Wochenblätter bescheinigen dem Bundeskanzler zwar noch ihre Hochachtung und feiern ihn als eine überragende Gestalt der Nachkriegszeit; aber man hat nicht mehr so rechtes Vertrauen zu ihm und man ist froh, dass dieser Mann aus der Mitgestaltung der aktiven Politik ausscheidet und Kräfte Platz machen muss, von denen man gerade im übergeordneten Interesse der westlichen Deutschland- und Europapolitik ein grösseres Anpassungsvermögen an die Erfordernisse der kommenden Monate und Jahre erwartet.

Um diese grössere Elastizität geht es nun bei den Beratungen der Viermächte-Arbeitsgruppe in London. Bonn beeilte sich zwar mit der Versicherung, seine Delegation sei mit elastischeren Direktiven als bei den Washingtoner NAIC-Beratungen versehen, man wird jedoch abwarten müssen, auf welche Bereiche sich diese erweiterten Direktiven erstrecken. Ausserminister von Brentano liess schon vorsorglich verlauten, Bonn werde sich allen Erörterungen über Disengagement widersetzen; der Verteidigungsminister Strauss wiederum versucht in den Vereinigten Staaten den Eindruck zu erwecken, ein Stopp der Aufrüstung in Mitteleuropa würde zur Zeit ein militärisches Kräfteverhältnis zugunsten des Ostens bedeuten - man sieht, Bonn kann auch je nachdem mit verschiedenen Zungen sprechen und auf verschiedenen nicht im Einklang stehenden Tastaturen spielen.

Was kann und was muss das Ergebnis solcher Bonner Zwiespältigkeiten sein? Die Westmächte werden das Gewicht ihrer Beziehungen zur Sowjetunion nicht auf die Dauer von dem Tiefstand des Verhältnisses zwischen Bonn und Moskau bestimmen lassen. Sie richten sich auf lange Verhandlungen mit der Sowjetunion ein. Zu ihren Absichten gehört auch die Abhaltung einer Gipfelkonferenz und eine Lösung des Berlin-Konfliktes, bei der sie am wenigsten an Gesicht verlieren. Noch ist der Zeitpunkt nicht verpasst, um von Berlin her die ganze Deutschland-Frage im Zusammenhang mit dem von der Sowjetunion gewünschten Friedensvertrag in Fluss zu halten. Der Mangel an Bonner Initiative, das Fehlen jeglicher den Sowjetvorschlägen angemessenen Gegenvorstellungen kann jedoch die Westmächte auf einen Weg zwingen, den sie heute noch nicht beschreiten wollen, aber morgen vielleicht beschreiten müssen.

## Kennt Europa noch Solidarität ?

Von Peter Blachstein, MdB

Hammet, Tunesien, Mitte April.

Diese Frage wird in Nordafrika immer wieder gestellt und gerade zum ersten Mal sollten wir sie aufrichtig beantworten. Dabei dürfen wir nicht vergessen, dass sich Marokkaner, Algerier und Tunesier als zum gleichen Volk gehörig fühlen, genauso wie sich Sachsen, Hamburger und Schwaben als Deutsche fühlen. In allen grossen Fragen besteht weitgehende Übereinstimmung in den Meinungen.

Der algerische Krieg steht natürlich im Mittelpunkt aller Diskussionen und praktischen Politik. Dabei gibt es kaum jemand, der nicht uneingeschränkte Selbstbestimmung für die Algerier fordert und entschlossen wäre, darum zu kämpfen, auch wenn es noch zehn Jahre dauern müsste. Frankreich wird beschuldigt, einen brutalen Krieg zur Aufrechterhaltung seiner Kolonialposition in Algerien zu führen und dabei auch die junge Selbstständigkeit Marokkos und Tunesiens zu bedrohen. Aber die Schuld und Verantwortung wird zugleich den Amerikanern, die Waffen liefern, der Bundesrepublik, die Frankreich finanziell stark stützt und der ganzen NATO, die diesen Krieg deckt, zugeschoben. Die westliche Welt, wird hier als Verbündeter Frankreichs verurteilt.

Aber auch auf allen übrigen Gebieten versagt die westliche Hilfe und schwindet das Vertrauen, selbst die Hoffnung auf gleichberechtigte Zusammenarbeit mit Europa. Am deutlichsten wird das in den Reden des am weitesten westlich orientierten arabischen Staatmannes, des tunesischen Präsidenten Habib Bourguiba. In Nordafrika, wo seit Jahrtausenden sich die Kulturströme des Orients mit denen Europas kreuzen und fruchtbar begegnen, verliert die europäische Arbeiterbewegung eine Chance erdbeerlicher Zusammenarbeit und gegenseitiger Hilfe. Hier ist noch keine Festlegung erfolgt. Es gibt starke Neigungen zur Westen, ein stärkeres Gefühl der Verbundenheit mit der Politik der Freiheit als in vielen anderen Teilen der Welt. Die Ablehnung des Kommunismus ist sehr tief, aber auf die Dauer keineswegs sicher. Die Enttäuschung über den Westen, führt zu gefährlichen östlichen Annäherungen. Bleiben Westeuropa und Amerika dabei, Frankreich seinen aussichtslosen algerischen Krieg weiterführen zu lassen, dann werden die Nutzniesser arabische Chauvinisten und die Russen sein.

Selbst die humanitäre Hilfe ist gering und es ist unverständlich, warum das Deutsche Rote Kreuz weniger auf den Aufruf der Internationalen Roten Kreuz Liga zur Hilfe für algerische Flüchtlinge in Tunesien und Marokko tut als das Französische. Die Geissel des Hungers

herrecht in den Lagern, während bei uns und in den Vereinigten Staaten die Lebensmittelüberschüsse nicht abzusetzen sind. 1800 Kalorien sollen täglich pro Person verteilt werden, vorhanden sind aber nur die Hälfte.

Warum gibt es in Tunesien als deutscher Beitrag zur Entwicklungshilfe nur eine Baumschule? Warum sind die Mittel für weitere Mustereinrichtungen bewilligt aber bisher nicht eingesetzt worden?

Warum helfen unsere privaten und öffentlichen Einrichtungen nicht bei der Errichtung von Kinderheimen für algerische Flüchtlingskinder? Warum ist das Schweizerische Arbeiterhilfswerk die einzige Einrichtung der freien Arbeiterbewegung, die auf diesem Gebiet etwas tut? Warum überlassen wir die Hilfe selbst für Kinder den Gewerkschaftsorganisationen des Ostblocks?

Warum helfen die internationalen freien Gewerkschaften, darunter der DGB nicht bei der gewerkschaftlichen und beruflichen Fortbildung algerischer Flüchtlinge? Haben wir in unseren entwickelten Industriestaaten mit starken freien Gewerkschaften nicht alle Voraussetzungen zu der gewünschten solidarischen Unterstützung? Werden jene jungen Gewerkschafter, denen Ausbildungsplätze in Jugoslawien, in der Tschechoslowakei und in der DDR zur Verfügung gestellt werden, bisher sind es etwa sechzig, nicht auch politische Eindrücke mitbekommen? Kann es uns gleichgültig sein, dass Hilfe aus Deutschland bisher fast ausschliesslich aus der Zone geleistet wird?

Nordafrika ist nicht mit Worten zu helfen, auch nicht mit Solidaritätsadressen; davon hat es genug. Die Enttäuschung und Verbitterung über uns ist sehr ausgeprägt. Aber noch könnten wir verlorenes Ansehen zurückgewinnen, wenn wir den Schritt in die Zukunft wagen und die Epoche des Kolonialismus in Afrika endgültig beenden. Effektive humanitäre, soziale, technische und wirtschaftliche Hilfe könnte ein praktischer Neubeginn werden.

Angst vor Senatwahlen

Von unserem Korrespondenten in Paris, Georg Scheuer

Das französische Oberhaus wird am 26. April von über hunderttausend "Grosswählern" gewählt: Parlamentsabgeordnete, "Generalräte", die Gemeinderäte der Gemeinden von über 9000 Einwohnern, vor allem aber eine Masse von recht willkürlich ausgewählten "Delegierten" aus den unzähligen Dorfgemeinden. So "delegiert" z.B. ein Städtchen von 8000 Einwohnern - 15 "Grosswähler", ein Dorf von nur 800 Einwohnern aber nicht ein Zehntel, sondern ein Fünftel davon, nämlich 3 "Grosswähler".

Kein Wunder, dass in diesem Wahlkorps die Rechtsunabhängigen und stellenweise auch die Gaullisten ihre Positionen seit Dezember verstärkten - ganz im Gegensatz zur wirklichen Entwicklung der Volksmeinung -, und dass die katholischen Volksrepublikaner ihre Stellungen halten konnten, während die Sozialisten zurückgedrängt wurden. Auch die Kommunisten werden herausgedrängt, ausser in den Grosstädten. Die Grosstädte sind aber mit Absicht in einer Flut von Dorfdelegierten ersäuft.

So ist Paris nur durch 2700 Delegierte vertreten. Hier konnten die Bürgerblockmänner es allerdings nicht verhindern, dass die KPF die stärkste Fraktion stellt und dass auch die Sozialisten ihre Positionen verbessern konnten. Die KPF steigt im Pariser Senats-Wahlkorps in Vergleich zu dem Wahlkörper für die Staatspräsidentenwahl im Dezember 1958, von 858 auf 900, die Gaullisten von 285 auf 713, auch die SFIO steigt hier von 254 auf 279, während die Rechtsunabhängigen von 889 auf 651 fallen.

Auch in Departement Seine stehen die Kommunisten mit 2139 an der Spitze, die Gaullisten folgen im weiten Abstand mit 1164, dann die Rechtsunabhängigen mit 868 und die SFIO mit 662. Für das übrige Frankreich gilt aber das umgekehrte Verhältnis, das in Ziffern allerdings nicht klar ausgedrückt werden kann, weil die meisten "Grosswähler" ohne politische Etikette auftreten und sich als "parteilos" ausgeben.

Trotz dieser Vorsichtsmassregeln scheint das Regime doch nicht ganz sicher zu sein; Premierminister Debré soll sich deshalb entschlossen haben, im Departement Seine einen persönlichen Appell nicht nur an die Gaullisten und Rechtsunabhängigen, sondern auch an die Volksrepublikaner und andere bürgerliche Mittelparteien zu richten, keine konkurrierender Listen aufzustellen, sondern sich zu einem Bürgerblock zusammenzuschliessen.

Man befürchtet, dass der kommende Senat die wirkliche Volksmeinung deutlicher widerspiegeln könnte, als die gegenwärtige Karikatur einer Nationalversammlung. Die letzte Nachwahl im Departement Ardèche zeigte wieder allzu deutlich, dass der Pendel weiter nach links schwingt: Kommunisten und Gaullisten halten sich jetzt hier die Waage mit ungefähr je 30 %. Die Gaullisten zielen nämlich seit November von 46,5 auf 30,6 %, die Kommunisten stiegen von 22,3 auf 29,9 %, die SFIO von 6 auf 6,3 %. Die übrigen Stimmen verteilen sich auf verschiedene bürgerliche Mittelparteien. Selbst in der Provinz ist es also nicht leicht, die tatsächliche Volksmeinung zu verschleiern.

### Hessen gibt ein Beispiel

Hessen kann für sich in Anspruch nehmen, bereits mehr als 1.200 Kindergärten und Horte zu besitzen. Sie füllen in planvoller Arbeit jene Lücke der Erziehungsarbeit aus, die innerhalb der häuslichen Sphäre entsteht. Die Kinder brauchen sich nicht mehr einsam zu fühlen, sie bleiben nicht stundenlang unbeaufsichtigt, sondern wachsen in der Gesellschaft Gleichaltriger heran, empfangen hier schon etwas von dem Gemeinschaftssinn, der für das spätere Leben unerlässlich ist.

Kindergärten füllen aber auch jene erzieherische Lücke aus, die entsteht, wenn ein Kind, vielleicht auf Grund seiner körperlichen Entwicklung, noch nicht schulreif ist. Welche Aufgabe daraus erwächst, zeigt die Tatsache, daß im Bundesdurchschnitt beinahe jeder dritte ABC-Schütze eigentlich noch nicht die notwendige Schulreife besitzt.

Diese Situation muß natürlich auch bei der Ausbildung der Kindergärtnerinnen berücksichtigt werden. Die Ausbildungsbestimmungen, die der hessische Kultusminister in einem Erlass vom November 1956 niedergelegt hat, sind denn auch sehr modern und zeitbezogen. Man läßt es nicht damit bewenden, daß eine Kindergärtnerin ihre Schützlinge lediglich für einige Stunden am Tag zu beschäftigen weiß. Sie soll vielmehr auch erkennen, wo im einzelnen der Schuh drückt, wo Erziehungsfehler behoben werden müssen. Sie muß die Lebensverhältnisse von Kindern und Eltern kennen und zu berücksichtigen wissen.

Die Ausbildung dauert zwei Jahre und umfaßt einen großen Katalog praktischer und theoretischer Arbeit. Sozialkunde gehört dazu, Erziehungslehre, Jugendliteratur, Gesundheitslehre. Dazu kommt die Entwicklung musischer und gymnastischer Fähigkeiten. Zeichnen, Formen und Nadelarbeit ergänzen den Lehrplan. Und allein acht Wochenstunden sind der praktischen Arbeit in einer Übungstagstätte gewidmet.

Nicht weniger gewissenhaft ist die staatliche Abschlußprüfung. Sie soll ja darüber Aufschluß geben, wie die zukünftige Kindergärtnerin mit ihren Schützlingen umgeht, wie sie ihre Selbsttätigkeit anregt, ihre körperlichen, seelischen und geistigen Kräfte fördert.

Als Voraussetzung für die Aufnahme in eine hessische Fachschule für Kindergärtnerinnen nennt das Kultusministerium u.a.: Mindestalter siebenzehn Jahre, hauswirtschaftliche Vorbildung und eine Allgemeinbildung, die dem Abschluß einer Mittelschule entspricht.

Die Chancen für das berufliche Weiterkommen sind übrigens sehr gut; denn wir haben es hier mit einem ausgesprochenen Mangelberuf zu tun. Nach dreijähriger Berufspraxis winkt die Möglichkeit für die Ausbildung zur Jugendleiterin. Das wiederum bedeutet: Selbständige Leitung eines Kindergartens, eines Erziehungsheimes oder Jugendwohnheimes oder u.a. auch einer Mittelschule, eines Müttererholungsheimes.

-----  
Verantwortlich: Günter Markscheffel